

Verantwortl. Redakteur: H. D. Köhler in Stettin.
 Verleger und Drucker: H. Graßmann in Stettin, Kirchplatz 3-4.

Bezugspreis: in Stettin monatlich 50 Pf., in Deutschland 2 Mk.
 vierteljährlich; durch den Briefträger ins Haus gebracht
 kostet das Blatt 50 Pf. mehr.

Anzeigen: die Zeitschrift über deren Raum im Morgenblatt
 15 Pf., im Abendblatt und Neblamen 30 Pf.

Stettiner Zeitung.

Abend-Ausgabe.

Annahme von Inseraten Kohlmarkt 10 und Kirchplatz 3.

Agenturen in Deutschland: In allen größeren
 Städten Deutschlands: R. Mosse, Haasenpfeiffer & Vogler
 G. L. Daube, Invalidendank. Berlin Bernh. Arndt, Max
 Gerstmann, Elberfeld W. Thienes. Greifswald G. Illies.
 Halle a. S. Jul. Barck & Co. Hamburg Joh. Nootbaar, A.
 Steiner, William Wilkens. In Berlin, Hamburg u. Frank-
 furt a. M. Heinr. Eisler. Kopenhagen Aug. J. Wolf & Co.

Bur Vermögenssteuer.

Die an das Abgeordnetenhaus gerichtete Ein-
 gabe des Reichstages-Kollegiums der Reichs-
 mannschaft gegen die Vermögenssteuer hat folgen-
 den Wortlaut:

„Der dem hohen Hause zur Zeit vorliegende
 Entwurf eines Ergänzungsgesetzes bedarf
 nicht der Zustimmung der Reichs-
 mannschaft, welche, wie immer sie vom Standpunkte
 des Staatsbürgers als solchen zu beurtheilen sei
 mögen, jedenfalls den Handel- und Gewerbebetrie-
 ben schwerer als den übrigen Steuerpflichtigen
 erfüllbar sein und sie vor anderen in ihrem Ver-
 trauenseigenschaften. Als Vertreter der Inter-
 essen von Berlin Handel und Industrie halten
 wir uns daher für berechtigt, die Bedenken, welche
 wir in dieser Beziehung hegen, dem hohen Hause
 mit der Bitte um geneigte Berücksichtigung nach-
 stehend darzulegen. Indem der Entwurf zum Be-
 weise der Veranlagung zur Vermögenssteuer
 vom Steuerpflichtigen eine unter hoher Strafe
 für wissenschaftliche Unrichtigkeit zu erstellende Ver-
 mögensanzeige verlangt, legt er dem Handel- und
 Gewerbebetriebe Anforderungen auf, welche derselbe
 beim besten Willen nicht mit einer vor Steuer-
 hinterziehungssproben sichernden Genauigkeit zu
 liefern vermag, und zwingt er ihn zugleich, eines
 seiner wichtigsten Geschäftsgeheimnisse aufzudecken,
 was seinen Kredit ernstlich gefährden kann. Dem
 Verachte wissenschaftlich falscher Angaben und
 falschen Angaben muß der Kaufmann oder Industrielle
 sich bei der Veranlagung seines Anlage- und
 Betriebskapitals: der dem Geschäft dienenden
 Grundstücke, Gebäude, Maschinen, Waarenvorräthe,
 Patente u. s. w. in hohem Grade aussetzen.
 Denn der diesen Angaben nach § 9 bezw. 10 be-
 zugsweise gemeine bezw. Verkaufswert ist durch-
 aus vertrieben von dem Werte, den der Eigen-
 thümer ihnen als Zubehör seines Betriebes zu-
 erkennen gewohnt ist und den er in seinen Ge-
 schäftsbüchern führt; in vielen Fällen ist ein ge-
 meiner Werth überhaupt nicht zu ermitteln, und
 der Buchwerth ruht lediglich auf dem subjektiven,
 wenn auch wohl erwogenen Ermessen des Kauf-
 manns. Wenn die Motive sagen, daß durch die
 Vermögenssteuer die Einsetzung fiktiver Werthe
 für fiktives Einkommen vermieden und durch
 die Ermittlung des Kapitalwertes erreicht werde,
 welche schon deshalb in der Ausführung leichter
 und im Ergebnis zureichender sein werde, weil sie
 sich stets auf greifbare Objekte beziehe und in den
 täglichen Erscheinungen des Verkehrs einen
 sichern Anhalt finde — so beruht die letztere Auf-
 fassung nach dem zuvor Gesagten doch auf einer
 argen Täuschung, da gerade bei der Bestimmung
 des Kapitalwertes Fiktionen in weitem Um-
 fange Platz greifen müssen. Aus der Alternative,
 entweder bei Zugrundelegung seiner subjektiven
 Werthschätzung der Kapitalien sich Steuerprozessen
 auszusetzen, oder bei einer aus Furcht vor solchen
 vorgenommenen willkürlichen Höherveranlagung
 der Werthe ungeschätzte Steuern zu zahlen,
 hat zwar der § 24 dem Reichen noch den Aus-
 weg eröffnet, daß er statt der Werthangaben nur
 diejenigen thatsächlichen Mittheilungen in die
 Vermögensanzeige aufzunehmen braucht, welche
 er behufs Schätzung des Wertes be-
 zubringen im Stande ist. Indessen wird
 der Kaufmann diesen Weg nur in seltenen
 Fällen gehen können, da solche thatsächlichen
 Mittheilungen in der Regel Geschäftsgeheimnisse
 betreffen, welche er mit Recht anständig zu hüten
 pflegt; solche Geschäftsgeheimnisse müßten z. B.
 offen gelegt werden bei einer durch Wütheraus-
 züge zu belegenden Angabe des Buchwerthes nach
 der letzten Inventur und der staltgehabten jähr-
 lichen Abschreibungen, sowie der seit der letzten
 Inventur zur Verbesserung und Erweiterung des
 Betriebes und der Betriebsanlagen aufgewendeten
 Beträge, wie solche der § 24 anführt. Wir sind
 hiermit auf das zweite und noch wichtigere un-
 serer Bedenken gegen den Entwurf gekommen, daß
 nämlich sowohl die in erster Linie gestellten Er-
 fordernisse der Vermögens-Anzeige wie die fest-
 vertretenden des eben bezeichneten Ertrages be-
 stehen (§ 24) den kaufmännischen Kredit in hohem
 Grade beeinträchtigen können. Daß die vom Ge-
 setze erstrebte Geheimhaltung der Veranlagungs-
 Ergebnisse praktisch nicht durchzuführen ist,
 können wir als durch die Erfahrungen der Ein-
 kommensteuer-DeklARATION neuerdings wieder er-
 wiesen und anerkannt betrachten. Die für die
 Vermögens-Anzeige erforderlichen Angaben sind für
 die Beurtheilung der Kreditwürdigkeit noch weit
 maßgebender als die für Zwecke der Einkommen-
 steuer gemacht; um so mehr werden sowohl die
 einzelnen Kreditgeber wie namentlich die An-
 kunftsbüros alles daran setzen, sich Kenntniß
 davon zu verschaffen. Und an dem äußerlichen,
 mechanischen Maßstabe seines Vermögens (durch
 Veranschlagung von Schulden, Zubehörfeststellung
 der Vermögensgegenstände u. s. w.) eine un-
 veränderliche Beurtheilung seiner Zahlungs-
 fähigkeit hervorzurufen. So muß die DeklARATION
 des Vermögens die bestehende und für die
 jetzige Entwicklungslinie der Volkswirtschaft
 unentbehrliche Kreditorganisation nach doppelter
 Richtung empfindlich schädigen. Aus den beiden
 angeführten Gründen müssen wir uns somit auf
 das entschiedenste gegen die Einführung der Ver-
 mögenssteuer erklären. Der vorliegende Ent-
 wurf einer Ergänzungsgesetz würde, zum Gesetze
 erhoben, durch schädliches Eingreifen in die Or-
 ganisation von Handel und Gewerbe diesen so wich-
 tigen Verfassungsgruppen Opfer auferlegen, mit denen
 der Steuerertrag zu teuer erkauft wäre. An das
 hohe Haus der Abgeordneten richten wir daher
 die dringende Bitte: Unseren hier darge-
 legten Bedenken geneigte Rechnung tragen und
 seine Zustimmung sowohl dem vorliegenden Ent-
 wurf eines Ergänzungsgesetzes, wie auch
 jedem anderen etwa an seine Stelle tretenden,
 versagen zu wollen, welcher in der hier ge-
 rügten oder anderen Weise dem Handel und Ge-
 werbe besondere Lasten und Schädigungen aufer-
 legen sollte.“

Deutschland.

Berlin, 31. Dezember. Die stark betonte
 Zurückweisung der Nachricht, daß es im Plane
 der Reichsregierung liege, auf die Tabakfabrika-
 tion zurückzugreifen, hat in unterrichteten Kreisen
 nicht überreicht. Man hatte eine amtliche Rund-
 gebung vielmehr erwartet. Thatsächlich liegen
 die Dinge wie folgt: Im Späthommer dieses
 Jahres war bekanntlich von einer Konferenz der
 bundesstaatlichen Finanzminister die Rede be-
 züglich Vereinbarung über die Aufbringung der Mehr-
 kosten der Militärvorlage. Es geschah dies zu
 einer Zeit, wo man die erforderlichen Kosten
 noch keine bestimmte Vorstellung hatte. Von den
 Konferenzen wurde Abstand genommen; dagegen
 begab sich der Staatssekretär im Reichs-
 schatzamt nach Süddeutschland zu Besprechungen mit
 den Finanzministern von Bayern, Württemberg
 und Baden. Es ist Thatsache, daß dabei auch
 an eine anderweitige Besteuerung des Tabaks ge-
 dacht war, und daß davon auf Vorstellung säch-
 sischer Minister Abstand genommen wurde.
 Seitdem ist man auf die Tabaksteuer nicht
 zurückgekommen, und es hieß sogar bis vor
 Kurzem, die Regierung würde Anlaß nehmen,
 sich bei den bevorstehenden Budgetdebatten
 im Reichstage über die Gründe dieser Abstan-
 dung zu äußern. Wie weit dies richtig ist,
 wird sich zu zeigen haben.

Nach dem preussischen Gesetz vom 21.
 Mai 1861, betreffend die Einführung einer allge-
 meinen Gebäudesteuer, hat alle 15 Jahre eine
 allgemeine Revision der Gebäudesteueranlagung
 stattzufinden. Da die letzte Revision in den
 Jahren 1878 und 1879 vor sich ging, so findet
 somit in den Jahren 1893 und 1894 wiederum
 eine solche statt, für die, wie die „Post“ hört,
 im nächstjährigen Etat eine Summe von über 2
 Millionen Mark als erste Rate ausgeworfen
 werden soll. Die Erhebung der neuveranlagten
 Steuer findet alsdann vom 1. Januar 1895
 ab statt.

Anlaßlich der verschiedenen Entwürfe von
 Novellen zum Strafrecht ist davon die Rede
 gewesen, daß man es vorziehen möchte, ganze
 Arbeit zu machen und an eine allgemeine Durch-
 schrift des Strafrechtsbuchs heranzutreten. Anregun-
 gen in dieser Richtung sind, wie wir hören, zu
 verschiedenen Zeiten auch von einzelnen Bundes-
 regierungen gemacht worden. An entscheidender
 Stelle soll auch die Berechtigung derartiger
 Wünsche durchaus nicht verkannt sein. Indessen
 wünscht man zunächst das bürgerliche Gesetzbuch
 fertig zu stellen und erst, nachdem dies erreicht
 ist, an eine Durchschrift des Strafrechtsbuchs her-
 anzutreten. Bis dahin aber müßte man daran
 festhalten, in einzelnen Punkten der Strafrechts-
 pflege, wo sich ein besonderer Bedürfnis heraus-
 stellt, Wandel zu schaffen, zumal bei der Ver-
 wirklichung der Wünsche auf allgemeine Durch-
 schrift des Strafrechtsbuchs noch viele Jahre ver-
 gehen können.

Zur Begründung des Gesetzesentwurfs
 über die Verbesserung des Volksschulwesens führt
 die „Nordd. Allg. Ztg.“ unter Befämpfung des
 Gesetzes vom 26. Mai 1887, daß die Mitwirkung
 der Selbstverwaltungsberechtigten bei der Verteilung
 der Volksschulunterhaltungskosten regelt, Fol-
 gendes aus:

„Schon bei den parlamentarischen Verhand-
 lungen über das 87er Gesetz sind wiederholt Ver-
 fälschungen laut geworden, und sie sind in der
 Handhabung desselben bestätigt. Der zulässige
 Höchstbetrag der Schulsteuer ist von den Kreis-
 ausschüssen und Provinzialräthen aufs Äußerste
 beschränkt, ja diese haben auch wohl nach
 dem Erlaß der Gesetze wegen Erleichterung
 der Volksschullasten jede weitere Belastung, welche
 durch Einrichtung neuer Klassen oder Vergrö-
 ßerung der Zahl vermehrter Kinderzahl notwen-
 dig wurde, überhaupt aus dem Grunde abge-
 lehnt, weil sonst die durch jene Gesetze gewollte
 Erleichterung illusorisch werden würde; besonders
 in katholischen Gegenden ist auch aus konfession-
 ellen Rücksichten die Entwicklung des Schul-
 wesens unbedingter Weise hintangehalten wor-
 den. Sollte auf diesem Wege weiter fortge-
 schritten werden, so würde nicht nur die Be-
 lastung der verschiedenen Provinzen auf die
 Dauer eine ganz verschiedenartige werden, son-
 dern es dürfte dies auch zu einer ungerechten
 Verteilung, insbesondere der großen, bisher
 schon für die Lehrerbefoldungen genährten und jetzt
 neu bereitgestellten Dispositionsfonds von zusam-
 men mehr als 10 Mill. Mark führen. Es werden
 aber auch in der Folge bei diesem Verfahren An-
 sprüche an die Staatskasse hervorgerufen, welche
 — zumal nach der bevorstehenden Aufhebung
 direkter Staatssteuern — weder durch das Be-
 dürfnis der Gemeinden gerechtfertigt erscheinen,
 noch mit den verfügbaren Staatsmitteln erfüllt
 werden könnten. Hält es die Staatsregierung
 unter diesen Umständen für geboten, die Prüfung
 der Leistungsfähigkeit anders zu regeln, als das
 durch das Gesetz vom Mai 1887 geschieht, ist,
 so werden sich die Parteien, welche gegen die Vor-
 schläge, die dem Antrage unterbreitet worden
 sind, Einwendungen erheben zu müssen glauben,
 der Verpflichtung nicht entziehen können, zu Rathe
 mit sich zu gehen, wie aus einem anderen Ver-
 trag unzulänglichkeiten besser zu befechtigen sein, zumal
 die letzteren voraussichtlich in Zukunft in ver-
 stärktem Maße zu Tage treten dürften.“

Der Generalmajor und Kommandeur der
 55. Infanterie-Brigade (Karlsruhe) von Plessen
 ist zum diensttuenden General à la suite des
 Kaisers und gleichzeitig zum Kommandanten des
 kaiserlichen Hauptquartiers ernannt worden. Von
 Plessen ist am 11. November 1892 Selbsterkän-
 dent geworden und hat ein außerordentlich
 schnelles Avancement gehabt. Er wurde am
 22. März 1868 zum Premierlieutenant, am 16.
 April 1872 zum Hauptmann, am 18. Oktober
 1879 zum Major, am 14. Juli 1888 zum Oberst-
 lieutenant und am 4. August 1888 zum Oberst
 befördert. Er war als solcher Kommandeur des
 1. Garde-Regiments zu Fuß. Die Beförderung
 zum Generalmajor erfolgte am 9. Februar 1891.
 Von Plessen war auch längere Zeit Adjutant
 Kaiser Wilhelms I. Die 55. Infanterie-
 Brigade hat der bisherige Chef des General-
 stabes des 9. Armee-Korps von Janion erhalten.

Von der Arbeiterstatistik, welche im kaiser-
 lichen Reichstagsratte an gestellt wird, ist vor
 Kurzem ein Entwurf beendet und an die Mitglieder
 der Kommission für Arbeiterstatistik versendet
 worden. Dasselbe enthält die Ergebnisse der Er-
 hebung über die Arbeitszeit in Bäckereien und
 Konditoreien, welche auf Veranlassung der er-

wählten Kommission im September d. J. ver-
 anstaltet worden ist. Die Umfrage über die Ar-
 beitszeit in Bäckereien und Konditoreien hat sich
 auf 398 Orte erstreckt, die — wie das dem Plane
 der Erhebung entspricht — über das ganze Reich
 verstreut liegen und verschiedenen Größenklassen —
 von der Großstadt bis zum Dorf — angehören.
 In der vorliegenden Statistik sind die Antworten
 aus 5347 Fragebogen bearbeitet worden, die einer
 ebenso großen Anzahl von Betrieben entsprechen.
 Von den Fragebogen sind 2758 von Arbeitgebern
 und 2589 von Arbeitnehmern beantwortet wor-
 den. Es werden darüber in der „Nordd. Allg.
 Ztg.“ folgende Mittheilungen gemacht:

Da es sich bei der Nachfrage um die Fest-
 stellung der Arbeitszeit der Gehilfen (Scheffen
 und Lehrlinge) handelte, so hat sie sich nur auf
 solche Betriebe gerichtet, in denen mit Gehilfen
 gearbeitet wird; es sind also die kleinsten
 Bäckereien, in denen der Meister allein, oder mit
 gelegentlicher Beihilfe von Familienangehörigen
 arbeitet, nicht berücksichtigt worden. Die 5347
 Befragten machen etwa 10 Prozent der überhaupt
 vorhandenen Betriebe mit Gehilfen, und in ihnen
 waren 14,102 Hilfspersonen beschäftigt, darunter
 13,060 bei der Herstellung der Backwaren beschäftigte
 (davon 4189 Lehrlinge) und 1042 für den Ver-
 kauf angemessene Personen (davon 992 weib-
 liche). Wenn sich die Umfrage auch nur auf un-
 gefähr den zehnten Theil der vorhandenen Be-
 triebe und Gehilfen erstreckt hat, so können
 ihre Ergebnisse doch als allgemeine gültige An-
 gaben werden. Um den Zweck derselben:
 eine Statistik über die Eintheilung und
 Länge der Arbeitszeit in den Bäckereien und
 Konditoreien zu erreichen, war es durchaus nicht
 nöthig, die sämtlichen vorhandenen Bäckereien z.
 zu befragen, sondern es genügt vollkommen, die
 Verhältnisse in einigen Tausend Betrieben fest-
 zustellen, wenn nur dabei alle Theile des Reichs,
 die verschiedenen Größenklassen der Orte sowohl
 als der Betriebe berücksichtigt, die Orte und Ge-
 schäfte nicht willkürlich, sondern nach objektiven
 Merkmalen ausgewählt, die Arbeitnehmer und
 Arbeitgeber in etwa gleicher Zahl betragt wor-
 den. Dies Alles ist nach den von der Kom-
 mission für Arbeiterstatistik gegebenen Direktiven
 geschehen, und seitens des statistischen Amtes ist
 die Darstellung der Ergebnisse in Zahlen nach
 allen Gesichtspunkten gegeben, die für die Beur-
 theilung in Betracht kommen können. Die Ta-
 belle über die Arbeitszeit — denen sich solche
 über Verhältnisse der Betriebe, Wohnungsverhältnisse,
 Maschinenanwendung anschließen — sind eingetheilt:
 1. geographisch (nach Staaten und nach
 Gebietsgruppen), 2. nach fünf Ortsklassen (Groß-
 stadt, Mittelsstadt, Kleinstadt, Landstadt, Orte
 von weniger als 2000 Einwohnern), 3. nach vier
 Größenklassen der Betriebe, 4. nach der Häufig-
 keit der täglichen Warenherstellung (ob täglich
 ein- oder mehrmals frische Waare hergestellt wird),
 5. nach der Anwendung oder Nichtanwendung von
 Maschinen, 6. nach den Auskunftspersonen, d. h.
 wie sich die Verhältnisse stellen einerseits nach
 den Aussagen der Arbeitgeber, andererseits nach
 den Aussagen der Arbeitnehmer.

Wir wollen hier nur ein Hauptergebnis der
 Tabellen herausgreifen, nämlich die Zahlen über
 die gewöhnliche Arbeitszeit der Gehilfen in den
 Bäckereien mit dem üblichen, einen Theil der
 Nacht umfassenden Betriebe. Wenn die Arbeits-
 zeit berechnet wird ohne Abzug der dazwischen-
 liegenden Pausen und mit Einschluß der Neben-
 arbeiten, so stellt sich:

| nach den Aussagen der Arbeitgeber | in |
|-----------------------------------|------------------|
| 12 und weniger | 59,4 |
| mehr als 12—14 | 28,4 |
| „ 14—16 | 8,8 |
| „ 16—18 | 2,0 |
| „ 18 | 0,4 |
| unbestimmt | 1,0 |
| von je 100,0 | 100,0 Betrieben. |

Nach den Aussagen der Arbeitgeber hat also
 etwas mehr als die Hälfte, nach denen der Arbeit-
 nehmer etwas weniger als die Hälfte der Be-
 triebe eine zwölfstündige und geringere Arbeits-
 zeit, nach beiden Arten von Auskunftspersonen
 etwas über 1/2, eine 12- bis 14stündige; und 11,2
 Prozent nach den Aussagen der Arbeitgeber, aber
 23,0 Prozent nach denen der Arbeitnehmer haben
 eine Arbeitszeit von mehr als 14 Stunden.
 Wenn man dagegen die entsprechenden Zah-
 len aus dem bekannten Buch von H. Bebel über
 die Lage der Arbeiter in den Bäckereien berechnet,
 so würden: 12 und weniger Stunden: 23,2,
 mehr als 12—14: 34,7, mehr als 14—16: 25,1,
 mehr als 16—18: 14,2 und mehr als 18: 3
 von je hundert Bäckereien arbeiten lassen. Bebel's
 Zahlen sind aber nur aus 664 Bäckereien ent-
 nommen aus den Aussagen von Arbeitnehmern ge-
 nommen. Diese aber tragen, wie man aus Obigen
 erkennt, bei der Beschreibung der Arbeitszeit die
 Farben etwas schwächer auf wie die Arbeitgeber,
 außerdem haben für die Bebel'sche Umfrage wohl
 solche Arbeitnehmer Material geliefert, die
 sich durch lange Arbeitszeit beschweren fühlten;
 und so mußte Bebel, bei aller Objektivität der
 Bearbeitung seines Materials, zu sehr unglücklichen
 und zu erheblich ungünstigeren Zahlen kommen,
 als die amtliche Umfrage, die sowohl hinsichtlich
 ihrer Veranlassung als der Bearbeitung alle
 wissenschaftlichen Garantien der Objektivität
 bietet.

Gera, 29. Dezember. Die hier abgehaltene
 Versammlung des Thüringer Brauereivereins war
 sehr stark besucht. Nach dem eingehenden Vor-
 trage des Herrn Köhler-Jena wurde folgende
 Petition an den Reichstag einstimmig beschloffen:
 „Die heute in Gera tagende Versammlung
 des Thüringer Brauereivereins, welcher aus 176
 Brauereibesitzern und Braumeistern aller Thürin-
 ger Lande besteht, vermahnt sich hierdurch auf
 das entschiedenste gegen die von den verbündeten
 Regierungen beabsichtigte Brauereierhebung.
 Eine so überaus schwere Belastung der Brauer-
 industrie würde unser Gewerbe sowohl als alle
 mit demselben zusammenhängenden und von ihm
 abhängenden Industrien auf das empfindlichste
 schädigen, namentlich aber den Ruten zahlreicher
 kleiner und größerer Brauereien bedrohlich, da
 eine Abwälzung der Steuer auf die Konsumenten,
 wie es in der Begründung des Gesetzesentwurfes
 selbst zugegeben wird, vollständig ausgeschlossen
 erscheint. Indem wir uns den Ausführungen des
 deutschen Brauerbundes, sowie des Leipziger Be-
 zirksvereins voll und ganz anschließen, bitten wir
 einen hohen Reichstag aufs dringendste, im In-
 teresse von tausenden Gewerbetreibenden, welche

eine schwere Benachtheiligung ihrer Berufs-
 stellung befürchten müßten, diesen Gesetzesentwurf
 ablehnen zu wollen. In dieser Zuversicht sehen
 wir der Entschliebung eines hohen Reichstags
 vertrauensvoll entgegen und verharren mit vorzüg-
 licher Hochachtung
 der Vorstand des Thüringer Brauereivereins,
 Zweigverein vom deutschen Brauerbund.

Oesterreich-Ungarn.

Wien, 30. Dezember. (W. T. Z.) Bei der
 Erziehung im k. k. Hofrathe wurde Muellet
 (Unabhängigkeitspartei) zum Abgeordneten ge-
 wählt. Sein Gegenkandidat war der Minister
 des Inneren Hieronymi.

Frankreich.

Die französischen Revolutionäre, die auch im
 Pariser Gemeinderath vertreten sind, beabsichtigen,
 am 21. Januar 1893 die Zentenarfeier der Hin-
 richtung Ludwigs XVI. zu begehen. Da nun
 auf einem der Squares der französischen Haupt-
 stadt die Sühnelapelle zum Andenken an jenen
 Vorgang errichtet ist, beabsichtigen diese Revo-
 lutionäre zunächst, die Kapelle niederreißen zu
 lassen. Nun gehört die Kapelle aber dem Staate,
 so daß ein bezüglicher Beschluß des Pariser Ge-
 meinderaths nicht ausgeführt werden könnte. So
 tauchte dann der andere Vorschlag auf, den
 Square, welcher der Stadt gehört, einfach zu
 schließen. Allein auch dieser Vorschlag stieß auf
 energischen Widerstand, zumal da die öffentliche
 Meinung sicherlich nicht gestatten würde, daß ein
 vielbesuchter Erholungsort inmitten der Haupt-
 stadt dem freien Verkehr entzogen wird. So
 kam dann die ultraradikale Mitglieder des
 hauptstädtischen Gemeinderaths auf einen eigen-
 artigen Ausweg gekommen. In einem bereits
 festgestellten Verdict wird verlangt, daß unmittelbar
 neben der Sühnelapelle auf dem Square die
 Büste eines dunklen Ehrenmannes, Lepelletier de
 Saint-Fargeau errichtet werde. Dieser, Mitglied
 des Konventes, ist am Tage der Hinrichtung
 Ludwigs XVI. im Palais Royal ermordet wor-
 den, nachdem er im Konvente für den Tod des
 Königs gestimmt hatte. Die Idee, die Büste
 Lepelletier's aufzustellen, wird allem Anschein
 nach im Pariser Gemeinderathe Anlauf finden,
 wie denn überhaupt für den Tag der Zentenar-
 feier verschiedene revolutionäre Kundgebungen ge-
 plant werden. In dieser Hinsicht darf auch auf
 die an anderer Stelle berichteten jüngsten
 Vorgänge im Volksaufstand auf Montmartre hin-
 gewiesen werden. War doch sogar davon die Rede,
 daß bereits am Tage der Kammereröffnung die
 Revolutionäre vor das Palais Bourbon ziehen
 sollten, um in ihrer Art der von Panama-Ange-
 legenheit Stellung zu nehmen.

Paris, 28. Dezember. (Kreuz-Ztg.) Ich
 entnehme einem im „Soleil“ erschienenen Briefe
 aus Petersburg folgende Stelle: „Die franzö-
 sischen Fabriken arbeiten unabhängig für uns und
 liefern uns allmonatlich 50,000 Gewehre. In
 unseren Fabriken ist die Tätigkeit keine geringere.
 In Tula fertigen die Arbeiter Tag und Nacht
 Patronen. In Petersburg fertigt man für die
 Kavallerie räumliches Pulver. Auf Befehl des
 Kaisers wird in Lugansk eine neue Manufaktur
 eröffnet für die Massenfabrikation von Kriegs-
 munition. Wenn die Erzeugung sich nicht vor-
 Ablauf eines Jahres verringert, so wird unsere
 ganze Armee, die Reserve mit eingeschlossen, mit
 neuem Kriegsmaterial überreich versehen sein.
 Den technischen Werth des letzteren erklären die
 bedeutendsten Fachleute dem alles fremdländischen
 Kriegsmaterial überlegen.“

Nach der „Libre Parole“ wäre der Minister
 Ricard, der den Panama-Skandal einleitete, nur
 der Strohmann des Präsidenten der Republik ge-
 wesen, der seine gefährlichsten Mitbewerber um
 den Posten im Elysee, Ferry und Floquet,
 discreditiert wolle, eine Wirt-Arbeit, der auch
 Constans und Ferry, natürlich zu selbstständigen
 Zwecken, eifrig oblag. An letzterem dürfte
 kaum zu zweifeln sein, ebenso wenig daran, daß
 Floquet durch allerlei vom ihm herrührende,
 eifrig kolportierte Anekdoten und Anekdoten Herrn
 Carnot lächerlich zu machen versuchte. Was die-
 sen selbst betrifft, so sind dagegen die Nachrichten
 der „Libre Parole“ mit Vorsicht aufzunehmen.
 Man darf nicht vergessen, daß jetzt alle Hebel an-
 gesetzt werden, um nach Floquet auch das Ober-
 haupt der opportunistischen Republik zu Falle zu
 bringen. Das über die angebliche Ermordung
 Ricards verbreitete Gerücht erhält sich trotz aller
 Abnegationen von mehr oder weniger offizieller
 Seite. In der That haben Männer wie Cassagnac
 das größte Interesse daran, es zu pflegen und
 auszubringen, was denn auch vollst. geschieht.

Die Rekrutierung der Panama-Mittheile hat uns
 heute die „Nation de Peuple“, das Volksblatt
 der Rameystraße gezeigt, wo die Blanquisten,
 Guesbisten, Allemanisten, Anarchisten und Bou-
 langisten, ihres Parteihabers vergessend, einen
 „revolutionären Bund“ geschlossen, eine Rül-
 scene gefordert haben, die in den Annalen Fran-
 reichs vielleicht eine Rolle spielen wird. Ich habe
 sie schon vor einiger Zeit auf dies Ereignis
 vorbereitet, und zwar zuerst in einem Briefe,
 der Auszüge aus den meisten sozialistischen Pa-
 riser Blättern enthielt. Es ist im Volksaufstand
 eine viel, viel ruhigere Sprache geführt worden,
 als seit langer Zeit im Laufe der Deputirten;
 während man hier den Kopf verlor, scheint man
 ihn dort gefunden zu haben, während sich hier die
 Vertreter der kapitalistischen Bourgeoisie unter-
 einander zerreiben, finden dort die Umstürzler
 ihre Einheit. Es sind wohl einige unpraktische,
 wenn auch für die Stimmung in jenen Kreisen
 und selbst im großen Maße recht bezeichnende
 Vorschläge gemacht worden, nämlich gegen das
 Palais Bourbon und gegen das Elysee zu mar-
 schieren und Carnot „aufzuhängen“, aber im Ueber-
 gen ist man sehr planvoll vorgegangen, hat man
 ein sehr praktisches und inhaltlich schweres Ergebnis
 erzielt, nämlich, wie Herr Alleman es nennt, die
 „anonyme Revolution“ organisiert, aus der
 freileicht eine Diktatur hervorgehen könnte.
 Neue Organisation haben, die sich später auch auf
 die Provinz ausdehnen wird, aber — dahin entzieht
 man sich zuletzt — mit keiner Wahlfrage ver-
 quickt werden soll, besteht zunächst in der Bil-
 dung von Sektionen in jedem der 80 Pariser
 Viertel, zur Bildung dieser „sections populaires
 d'action“ ist ein Ausschuß gewählt worden, den
 zukünftige Gesichtsführer vielleicht einmal zu
 dem unterausführenden Rammereiausschuß in
 einen gewissen Gegensatz bringen werden, wie-
 wohl beide — der eine absichtlich, der andere un-
 absichtlich — auf die Untergrabung der Verfassung

und vielleicht der modernen Gesellschaftsordnung
 gleich erfolgreich hinarbeiten dürften. Die Lage
 wird jedenfalls immer verwickelter, und es sollte
 nicht wundern, wenn man in der nächsten
 Zeit den Namen des militärischen Gouverneurs
 von Paris, des Generals Cauffier, in den Pariser
 Blättern mehr obligaten Vergleichen mit Cavaignac
 häufig antreffen wird.

Paris, 30. Dezember. (W. T. Z.) Dem
 Vernehmen nach wird das „Journal officiel“
 morgen das Dekret des Präsidenten veröffent-
 lichen, wonach der Schweiz gegenüber der Gene-
 ralarzt zur Anwendung zu bringen ist.

Italien.

Rom, 30. Dezember. Der französischenreun-
 dliche „Diritto“ schreibt bezüglich des französi-
 schen Reichstages: Frankreich beabsichtigt, in der
 Schweiz einen Schulwall für einen großen Theil
 seiner Dignität. Man kann wohl sagen, die
 französische Kammer habe die Allianz mit der
 Schweiz zurückgewiesen. Die Eidgenossenschaft
 werde übrigens nun Frankreich gegenüber auch
 militärische Vorlesungen treffen müssen. Frank-
 reich habe leichtsinnig seine sichersten Freunde
 verloren.

Großbritannien und Irland.

London, 30. Dezember. Das katholische
 Adressbuch für 1893 zeigt, daß der Katholizismus
 auch im letzten Jahre im Vereinigten Königreich
 wiederum Fortschritte gemacht hat. Es giebt
 2650 katholische Geistliche in England und Schot-
 land, 3059 in Irland. Man darf jedoch nicht
 übersehen, daß sich im englischen katholischen
 Klerus viele ausländische Ordensleute befinden,
 welche wegen Verfolgungen nach England kamen.
 Die katholische Diözese Liverpool hat von allen
 englischen Diözesen den zahlreichsten Klerus,
 nämlich 421 Priester, dann kommt Westminster
 mit 355, Southwark mit 322, Salford mit 239.
 Während die 3000 irischen Priester von 4 Erz-
 bischofen und 25 Bischöfen regiert werden, hat
 England nur einen katholischen Erzbischof und 15
 Bischöfe auf 2600 Priester.

London, 30. Dezember. (W. T. Z.) Nach
 einer dem „Reuter'schen Bureau“ aus Buenos-
 Ayres zugegangenen Meldung sind über Kriegs-
 minister und der Chef des Stabes in der ver-
 gangenen Nacht in dem Zentralbureau der Polizei
 geblieben. Mehrere Polizisten und Feuerweh-
 reute wurden heute Morgen verhaftet. Wie ver-
 lautet, wurde ein Komplot entdeckt, welches be-
 zweckte, die Stadt an verschiedenen Punkten in
 Brand zu stecken. — Der zum Schiedsrichter er-
 nannte Marco Avallaneda wurde eifrig von der
 Regierung nach der Provinz Corrientes entsandt,
 man hofft, daß der dort ausgebrochene Konflikt
 durch seine Anwesenheit gütlich beigelegt werden
 kann. Mittlerweile haben zwischen den vorge-
 schobenen Boten der Regierungstruppen und der
 Aufständischen mehrere Schmäuel stattgefunden.

Dublin, 30. Dezember. (W. T. Z.) Ein
 Paket, welches 2 Pfund Sprengpulver enthielt,
 wurde heute in einer engen Straße in der Nähe
 der Kapelle Rathmines, einem der größten Ge-
 bäude Dublins, gefunden. Ein Zünder lag dem
 Pakete nicht bei.

Manchester, 30. Dezember. (W. T. Z.) In
 Folge der Steigerung der Baumwollencourse
 erwartet man demnächst das Ende des Auslaufes
 der Baumwollenspinner. Es sind zwischen den
 Arbeitgebern und Arbeitern Verhandlungen auf
 Grundlage der Verabreichungen der Löhne einge-
 leitet worden, die jedoch erhöht werden sollen, so-
 bald die geschäftliche Lage es gestatten würde.

Schweden und Norwegen.

Stockholm, 27. Dezember. Der Reichstag,
 welcher am 16. Januar zu seiner ordentlichen
 Session zusammentreten wird, dürfte sich vor
 allem mit dem Plane für die Organisation der
 Flotte beschäftigen, der schon seit längerem in sei-
 nen Hauptzügen fertig vorliegt, und an welchem
 der neue Marineminister, Admiral Christerson,
 nur noch verschiedene kleine Änderungen vor-
 nimmt. Die schwedische Flottenverwaltung, welche
 in naher Zukunft eine gewisse Anzahl von Pa-
 zentfahrern brauchen wird, hatte vor einiger Zeit
 in ausländische Werfte zu einem Wettbewerb
 hierfür eingeladen. Es scheint, daß man geneigt
 ist, die betreffenden Thürme von den schwedischen
 Kanonengießereien und Hartgusswerkstätten bei
 Tingsbo liefern zu lassen. Eine Regierungs-
 Kommission, welche mit der Untersuchung der ein-
 gegangenen Vorschläge betraut worden ist, hat
 kürzlich Schiedsverfahren gegen einen Kinspanger
 Panzerbunker auf dem Versuchsfelde der Ver-
 fäktigen beigemacht und sich über die Manövr-
 und Widerstandsfähigkeit derselben in anerkenn-
 ter Weise ausgesprochen. Viele schwedische
 Städte haben sich bereit, an die Regierung Ge-
 suche um Verlegung der in Folge der Verstar-
 kung des Heeres zu errichtenden Garnisonen nach
 den betreffenden Punkten zu richten. Die meisten
 dieser Gesuche sind von erst recht bedeutenden An-
 geboten begleitet. So haben sich mehrere Städte
 bereit erklärt, große Übungsterrains und Schieß-
 plätze kostenfrei zur Verfügung zu stellen, andere
 Städte haben das Anerbieten gemacht, die nöthi-
 gen Kasernenbauten aus ohne Staatsbeitrag aus-
 zuführen. Die Entscheidung über diese Angebote
 ist bisher noch nicht gefallen; nur bezüglich zweier
 Punkte, nämlich der Sunnfälle Malmö und
 Delsingborg ist auf Wunsch bereits bestimmt wor-
 den, daß diese auf allen Waffengattungen zusam-
 menzuführende Garnisonen erhalten sollen.

Rußland.

Am 25. d. M. starb in München im 74.
 Lebensjahre der ehemalige General-Adjutant des
 Kaisers von Rußland, General der Infanterie
 Graf Nikolai von Adlerberg an Verfallung.
 Der Verstorbene, ein Sohn des Grafen Vladimir
 Feodorowitsch von Adlerberg, genessener Generals
 und Minister des kaiserlichen Hauses unter Zar
 Nikolaus I. und Alexander II., war 15 Jahre
 lang General-Gouverneur von Finnland, welche
 Provinz er vielleicht am besten von all seinen
 Vorgängern und Nachfolgern verwalte hat. Er
 war auch schriftstellerlich tätig und hauptsächlich
 ist sein Werk „Von Rom nach Jerusalem“
 (Petersburg 1853) hervorzuheben. Nach dem
 traurigen Ende Alexanders II. wurde der Ver-
 storbene, wie auch dessen Bruder Alexander, Mi-
 nister des kaiserlichen Hauses, zur Disposition
 gestellt, lebte von dieser Zeit an, seit etwa zehn
 Jahren mit

